



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 03. Mai 2018

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- In Kabul kamen bei einem Doppelanschlag mindestens 25 Menschen ums Leben. Der sogenannte „Islamischen Staat“ verkündete, dafür verantwortlich zu sein. Bei dem zweiten Anschlag wurden offenbar gezielt Journalist*innen getötet, mindestens neun wurden ermordet.
<http://www.tagesschau.de/ausland/kabul-explosionen-103.html> (30.04.18)
- Mittels eines „Baugesetzes“ will das syrische Regime den aus dem Land Geflohenen Wohnungen, Häuser und Grundstücke entziehen. Durch die Enteignungen wird eine potentielle, in unbestimmter Zukunft angedachte Rückkehr der Menschen unwahrscheinlich. Innerhalb von 30 Tagen sollen sie nun ihre Eigentumsrechte nachweisen, anderenfalls wird der Besitz versteigert oder direkt dem Staat zugesprochen. Den Nachweis zu erbringen wird allein auf Grund der Zerstörung, auch von Katastern, schwierig sein, sofern es denn solche gibt. Was den Beweis aber unmöglich macht, ist, dass der Nachweis persönlich vorgelegt oder durch eine*n Verwandte*n mit Vollmacht erbracht werden muss – ein Behördengang, der sich als lebensgefährlich erweisen könnte. Das *Handelsblatt* wertet das Gesetz als eine Art ethnischer Säuberung. Assad selber spreche davon, dass in Syrien nun „eine gesündere und homogenere Gesellschaft lebe“.
<http://www.rp-online.de/politik/ausland/baschar-al-assad-enteignet-fluechtlinge-syrien-kann-haeuser-und-grundstuecke-nehmen-aid-1.7538942> (26.04.18)
- Etwa 3.000 Menschen wurden allein im April von der griechischen Polizei am Grenzfluss Evros zur Türkei aufgegriffen. Die Menschen hätten ihre Taktik geändert. Weil der EU-Türkei-Deal vorsieht, dass Menschen auf den Inseln in der Ägäis festgehalten werden, solange nicht über ihr Asylverfahren entschieden ist, entscheiden sich viele, über den Landweg und damit über den Evros zu fliehen. Die Überquerung ist lebensgefährlich, Menschen sind dort bereits ertrunken.
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-immer-mehr-fluechtlinge-kommen-ueber-den-evros-a-1205180.html> (28.04.18)
- Der Europarat hat Ungarn vorgeworfen, minderjährige Geflüchtete nicht ausreichend zu schützen. In den als „Transitzonen“ bezeichneten Lagern an der Grenze zu Serbien seien auch unbegleitete Minderjährige ab 14 Jahren in engen Containern untergebracht. Ungarn stuft nach einer Verschärfung seines Ausländerrechts bereits 14-jährige Geflüchtete als

Erwachsene ein. Die Menschen in den Lagern seien in Teilen von Menschenhandel und sexueller Ausbeutung betroffen, das Personal sei nicht in der Lage, die entsprechenden Personen zu identifizieren und zu schützen.

<https://kurier.at/politik/ausland/minderjaehrige-fluechtlinge-in-transitzone-europarat-ruegt-ungarn/400027528> (27.04.18)

Bund, Land, Kommune

- 21 Menschen wurden vergangenen Dienstag abgeschoben. Die Zahl gab das Bundesinnenministerium erst auf Nachfrage bekannt. Kommentar der *taz* siehe unten unter „Hintergrund und Meinung“.
- Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) lehnt die zynischerweise genannten „Ankerzentren“ ab. In einem Positionspapier wendet sich die Gewerkschaft dagegen, dass Bundespolizist*innen als Haftpolizei fungieren sollten. Dies sei insofern paradox, als dass Zurückweisungen und Einreiseverweigerungen unterbunden seien. Die wünscht sich die Gewerkschaft aber um Fliehende überhaupt an der Ankunft zu hinder. Beide Instrumente sollten demnach wieder verstärkt angewandt werden. So könne die Bundespolizei ihrer Aufgabe als Grenzpolizei nachkommen.

Weitere Kritikpunkt der GdP:

- Von „Zentren“ zu sprechen, sei „politische Kosmetik“. Dies seien, mit Blick auf die Lager in Bamberg und Manching, die als Vorbild dienen sollen, ganz klar Mittel der Abschreckung. Abschreckung sei laut Gewerkschaft aber kein Mittel des Asylrechts.
- Bedenklich seien die Lager aus kriminalpräventiver Sicht. Aggressionen seien vorprogrammiert wenn viele Menschen in Enge leben müssen. Wenn Geld- und Sachmittelbezüge auf ein absolutes Minimum beschränkt werden, dann könnten Vergehen wie Diebstahl ansteigen.

Die *taz* hat weiterhin bei den Landesinnenministerien angefragt, wie sie sich zu den geplanten Lagern verhalten. Bayerns Haltung war von vornherein klar. Aus Sachsen, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern wurde ebenso Wohlwollen signalisiert. Die Antwort aus Sachsen: „Alle Maßnahmen, die schnellere Asylverfahren und konsequentere Abschiebungen mit sich bringen, begrüßt der Freistaat Sachsen ausdrücklich.“ Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bremen und das Saarland wollten mit Verweis auf mangelnde Informationspolitik des Bundesinnenministeriums nicht äußern. Die Berliner Innensenatorin zeigte sich deutlich ablehnend gegenüber den Lagern.

<https://www.taz.de/!5498854/> (25.04.18)

- Union und SPD setzten sich über den Familiennachzug von lediglich 1.000 Menschen zu subsidiär Schutzberechtigten auseinander. Streitpunkt war unter anderem die Zuständigkeit für die Erteilung von Visa. Das SPD-geführte Auswärtige Amt verdeutlichte, dass die Konsularabteilungen bereits überlastet seien und sah das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in der Pflicht. Dies untersteht dem CSU-geführten Bundesinnenministerium. Letztlich ist nun das Auswärtige Amt zuständig. Gegenüber *SPON* gab Außenminister Heiko Maas an, dass hinsichtlich der derzeitigen Kapazitäten in den Botschaften lediglich 20 Anträge pro Monat genehmigt werden könnten. In der SPD werde vermutet, dass Bundesinnenminister Seehofer um die ausgeschöpften personellen Ressourcen weiß und den Familiennachzug so noch weiter nach unten drücken will.
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-groko-erzielt-kompromiss-beim-familiennachzug-a-1205886.html> (02.05.18)
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/horst-seehofer-plaene-verzoegern-fluechtlingsnachzug-a-1205152.html> (28.04.18)
- Wegen des Verdachts auf Korruption in der Außenstelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Bremen sollen zehn Prozent aller Bescheide erneut überprüft werden.

Ausgewählt werde per Zufallsprinzip. Die demokratische Opposition im Bundestag kritisiert den Umgang des Bundesinnenministeriums mit den Vorwürfen. Die entlassene Leiterin der Außenstelle sei ein Bauernopfer, es sei schäbig, dass das Innenministerium vorgebe, von nichts gewusst zu haben. Die Betroffenen, deren Bescheide nun überprüft werden, würden in Angst und Schrecken versetzt.

Nochmals sei auf die PM des Niedersächsischen Flüchtlingsrats verwiesen, der einige sachliche Punkte anführt. Unter anderem die Schutzgewährung für Ezid*innen (der Fall einer ezidischen Familie hatte vorgeblich die Vorwürfe ins Rollen gebracht) von 2015 bis 2017 sei damalige behördliche und gerichtliche Entscheidungspraxis gewesen.

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-04/migration-fluechtlinge-bamf-korruption-asylpolitik> (25.04.18)

PM: <https://www.nds-fluerat.org/28903/pressemitteilungen/anmerkungen-zum-angeblichen-bamf-bestechungsskandal/#more-28903> (23.04.18)

- Horst Seehofer, Bundesinnenminister, hat in seiner Rhetorik einen autoritären Zahn zugelegt. Menschen, die andere Menschen zum Beispiel durch Rechtsberatung unterstützen, nicht abgeschoben zu werden, zeigten „falsche Solidarität“.
<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-05/csu-horst-seehofer-innenminister-abschiebungen-plan-bleiberecht> (03.05.18)
- Das Oberlandesgericht München prüft derzeit, ob Kirchenasyl grundsätzlich als illegaler Aufenthalt zu werten ist. Vom Amtsgericht Freising freigesprochen wurde bereits ein Mensch nigerianischer Staatsbürgerschaft. Gegen diese Entscheidung hatte die Staatsanwaltschaft Widerspruch eingelegt. Bundesweit leben laut Zahlen des BAMF momentan 710 Menschen bundesweit im Kirchenasyl. Die meisten fürchten, laut Dublin-III-Verordnung in einen anderen EU-Mitgliedsstaat abgeschoben zu werden. Kirchenasyl kann bei ihnen sinnvoll sein, da nach sechs Monaten das Land zuständig ist, wo sich der betroffene Mensch aufhält.
<https://www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/grundsatzurteil-zu-kirchenasyl-100.html> (26.04.18)
- In der Abschiebungshaftanstalt in Büren kommt es immer wieder zu Gewalt, in Berichten, die *SPON* vorliegen, ist von ernsthaften Suizidabsichten die Rede. Es ist die schiere Verzweiflung, die Menschen in Abschiebungshaft umtreibt. Ein solches System macht Menschen kaputt.
<http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/bueren-bei-paderborn-randale-in-deutschlands-groesstem-abschiebegefaengnis-a-1205128.html> (27.04.18)
- In Baden-Württemberg haben Geflüchtete die Abschiebung eines Menschen togolesischer Staatsbürgerschaft erfolgreich verhindert. In der Gemeinschaftsunterkunft in Ellwangen solidarisierten sich etwa 50 Menschen mit dem Abzuschiebenden. Der, schon in Handschellen, konnte wieder befreit werden. Er floh daraufhin.
<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-05/ellwangen-abschiebung-verhinderung-fluechtlinge> (02.05.18)
- Im Sächsischen Landtag war die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) Thema. Der Sächsische Flüchtlingsrat wie der Journalist Tobias Wilke hatten in einer PM beziehungsweise in einem Artikel darauf aufmerksam gemacht, dass einige Logikfehler in der Statistik zu finden sind. Was am stärksten ins Auge fiel: die vorgeblich stark gesunkene Zahl an Zuwanderer*innen. Tatsächlich hatte das Innenministerium vergessen, die vollziehbar Ausreisepflichtigen mit zu addieren. Damit erhöht sich die absolute Gesamtzahl der Zuwanderer*innen und der relative Anteil der tatverdächtigen Zuwanderer*innen sinkt. Die Zahlen müssten also korrigiert werden. Ist aber bisher nicht geschehen. Immerhin „eingerräumt“ hat das Ministerium den Fehler. Tobias Wilke setzt währenddessen weiter nach, unter anderem auf Twitter. Irgendwie sind in der PKS EU-Bürger*innen aufgetaucht, die sich vorgeblich unerlaubt in Sachsen aufhalten. Bisher hat das Innenministerium nicht geantwortet.

Jüngste Berichterstattung in der *LIZ*: <https://www.l-iz.de/politik/kassensturz/2018/04/Wie-Sachsens-Polizei-die-Zahl-der-Zuwanderer-kuenstlich-schrumpfen-liess-215028> (26.04.18)

...und in der *FP*: <https://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Die-Zuwanderer-in-der-Kriminalstatistik-artikel10192372.php> (26.04.18)

Artikel von Tobias Wilke auf dem sprachlos-Blog: <http://sprachlos-blog.de/wer-nicht-zaehlen-kann-muss-hetzen/> (08.04.18)

Interview des SFR mit Radio Blau: <http://www.freie-radios.net/88569> (19.04.18)

Ursprüngliche PM des SFR: <http://www.saechsischer-fluechtlingsrat.de/de/2018/03/26/pm-innenministerium-kriminalisiert-zuwandererinnen-mit-absurdem-logikfehler/> (26.03.18)

- Bei den 1. Mai Demonstrationen standen den Faschist*innen vom „Dritten Weg“ bis zu 5.000 Gegendemonstrant*innen verschiedener Proteste gegenüber.
<https://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/TOP-THEMA/Chemnitz-stellt-Nazis-ins-Abseits-artikel10196801.php> (01.05.18)
- Aus dem Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste wurde der Absatz zu Rassismus im Artikel über Sachsen gelöscht. Die IT-Adresse ließ sich zurückverfolgen. Das Innenministerium leugnete den Vorfall nicht, gab aber auch an, den*die Verantwortlichen nicht mehr zurückverfolgen zu können. Für einen Monat kann der gesamte sächsische Staatsbetrieb keine Änderungen an Wikipedia mehr vornehmen.
<https://www.sz-online.de/sachsen/ploetzlich-gibt-es-keinen-rassismus-mehr-3925330.html> (26.04.18)

Hintergrund und Meinung

- Dass es 21 Menschen waren, die vergangenen Dienstag nach Afghanistan abgeschoben wurden, musste beim Bundesinnenministerium erst erfragt werden. Generell sei es aber und die Transparenz bei diesen Abschiebungen nicht gut bestellt, kommentiert Thomas Ruttig in der *taz*. Seit Ende 2016 sollten nach Angaben der Bundesregierung Straftäter*innen, sogenannte „Gefährder*innen“ sowie Menschen, die bei ihrer Identitätsfeststellung nicht mitgewirkt hätten, abgeschoben werden. Gerade letzte Kategorie werde sehr weit ausgelegt, dies belegten Dokumentation von einschlägigen Unterstützungsorganisationen. Weiterhin herrsche Intransparenz bei den Einschätzungen der „asyl- und abschieberelevanten Lage“ der Bundesregierung für Afghanistan. Die sei schon lange veraltet.
<http://www.taz.de/!5498844/> (25.04.18)
- Auch in der *taz* vergleicht Ralf Pauli die geplanten Lager, genannt „Ankerzentren“, mit Migrationsagenturen, wie sie zum Beispiel im sachsen-anhaltinischen Naumburg zu finden sind. In den von vereinzelt Landkreisen betriebenen Agenturen sind verschiedene, für Geflüchtete relevanten Behörden vertreten, von der Ausländerbehörde und dem BAMF bis hin zu Jugend-, Sport- und Standesamt. Ziel der Agenturen: das Ankommen erleichtern. Wenn die Bundesregierung es ernst meine mit einer humanen Asylpolitik, dann solle sie sich nicht nur an Bayern orientieren, so Pauli.
<http://www.taz.de/Kommentar-Migrationsagenturen/!5499463/> (30.04.18)

Der SFR e.V. als Akteur

- In Neukirch im Landkreis Bautzen wurden vergangene Woche um die 70 Geflüchteten transferiert. Bis zum Schluss hatten sich die Betroffenen sowie der Helferkreis Neukirch/Bautzen bleibt bunt gegen die Verlegung von Menschen gewehrt, die in Neukirch angekommen sind. Das Landratsamt leugnete alle Vorwürfe. Der Versuch, den Helferkreis zu vereinnahmen und zu behaupten, alles sei abgestimmt, mit jeder*m Betroffenen seien Gespräche geführt worden, wiesen die Aktiven in Neukirch in einer PM mit dem SFR e.V.

zurück. Die Kommunikation des Landratsamts war dabei intransparent, teilweise war das Kommunizierte schlicht nicht wahr.

<http://m.sz-online.de/nachrichten/tauziehen-um-neukircher-gefluechtete-3924737.html> (25.04.18)

Eine Stellungnahme des SFR findet sich in unserem Newsletter von letzter Woche:

<http://www.saechsischer-fluechtlingerrat.de/de/2018/04/27/sfr-newsletter-11-2018/>

Auch Bruno Rössel vom Helferkreis Neukirch hat sich noch einmal geäußert und die Verfehlungen des Landratsamts aufgelistet, veröffentlicht auf dem Blog von Annalena Schmidt:

<http://www.schmanle.de/2018/05/01/protokoll-des-behoerdenversagens-gastbeitrag/>

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 4
01097 Dresden
E-Mail: pr@sfrev.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: pr@rlcl.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.



UNO-Flüchtlingshilfe